

VSHEW

Einspeiseregeln auf den Prüfstand

[02.04.2024] Die aktuellen Regeln zur Biogaseinspeisung ins Gasnetz hält der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft für unverhältnismäßig und fordert eine gerechtere Kostenverteilung zwischen Anlagenbetreibern und Verbrauchern.

Der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW) fordert, die Regelungen zur Einspeisung von Biomethan in das Erdgasnetz auf den Prüfstand zu stellen. Grund: Die derzeitige Regelung bevorzuge ungerechtfertigt die Betreiber von Biogasanlagen – zu Lasten der Gasnetzbetreiber und letztlich der Verbraucher, so der Verband. Die Forderung betrifft insbesondere kommunale Stadtwerke und Regionalversorger, die sich einer Flut von Anschlussbegehren gegenübersehen.

Ein Blick nach Niedersachsen zeige das Dilemma: Dort kostet der Netzanschluss einer Biogasanlage laut VSHEW rund 15 Millionen Euro, hinzu kommen jährliche Betriebskosten von einer halben Million Euro. Auf 20 Jahre gerechnet ergäben sich so Ausgaben von 25 Millionen Euro, was einem Preis von rund neun Cent pro Kilowattstunde Biomethan entspreche – ein Preis, der weit über dem aktuellen Großhandelspreis für Gas liege.

Andreas Wulff, Vorstandsvorsitzender des VSHEW und Geschäftsführer der Stadtwerke Brunsbüttel sowie der Stadtwerke Steinburg, erklärt: „Derzeit tragen Netzbetreiber und Verbraucher die Hauptlast, während Anlagenbetreiber von geringen Eigeninvestitionen profitieren. Das können wir unseren Kundinnen und Kunden angesichts der ohnehin hohen Energiepreise nicht länger vermitteln.“ Als Lösung fordert der VSHEW eine Überarbeitung der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV), um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden und eine gerechtere und volkswirtschaftlich sinnvollere Energieversorgung zu gewährleisten.

(al)

Stichwörter: Bioenergie, VSHEW